
4084/J XXII. GP

Eingelangt am 29.03.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Günther Kräuter
und GenossInnen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend besonderes Service „unter Freunden“

In einem dem SPÖ-Rechnungshofsprecher Günther Kräuter vorliegenden Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 9. August 2002, AP/701/02 an „Frau und Herrn Elisabeth und Dr. Karl Rimmer, IMR Metalle und Technologie GmbH“ bedankt sich der Bundesminister für Finanzen für ein Schreiben vom 4. April 2002 und gibt bekannt, dass er Kabinettmitarbeiter Dr. Fritz Simhandl beauftragt hat, über 5 Seiten hinweg Tipps an das Unternehmen zu geben. Mittlerweile wird durch einen Bericht im Wochenmagazin FORMAT (9/06) bekannt, dass die IMR im Zusammenhang mit einem Steuerbetrugsfall genannt wird, der Finanzminister lässt Interventionen zugunsten der Firma IMR dementieren und von seinem Pressesprecher ausrichten, dass „der Minister mit Rimmer definitiv nicht befreundet ist.“

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Wie lautet der genaue Wortlaut des Schreibens der Familie Rimmer vom 4. April 2002 inklusive Anreden und Beifügungen an Sie?
2. Warum folgte von Ihnen der Auftrag eine Abhandlung mit Fallstudien aller möglichen Varianten von Steuermodellen als Antwort auszuarbeiten?

3. Können Sie vergleichbare „Servicefälle“ nennen?
4. Warum wird das Antwortschreiben mit einem „Dr. Simhandl eh“ handschriftlich unterfertigt, ist das die übliche Form, Schreiben des Ministerbüros abzufertigen?
5. Können Sie sich erklären, warum ein Anwalt der IMR-Gruppe postwendend im FORMAT 10/06 feststellt, dass zwischen der Kärntner Unternehmerfamilie und Ihnen „keine wie immer geartete nähere Bekanntschaft vorliegt“?
6. War Ihnen bekannt, dass zur Zeit des Briefwechsels bei der IMR Metalle und Technologie GmbH eine Steuerprüfung stattfand?
7. Befindet sich das Schreiben vom 9. August 2002, AP/701/02 im Steuerakt und wann wurde dieser Brief in den Steuerakt aufgenommen?
8. Hat dieses Schreiben ein „Umdenken“ der Prüfer bewirkt, insofern der Vorsteuerabzug vorerst beanstandet, in der Folge aber toleriert wurde?
9. Bei welchen „zuständigen Fachabteilungen“ hat sich der Kabinettmitarbeiter über die Rechtslage erkundigt?